

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Britta Katharina Dassler, Peter Heidt, Dr. Thomas Sattelberger, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Ulla Ihnen, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Hagen Reinhold, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD  
– Drucksachen 19/32039, 19/32275 –

**Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe 2021“ und zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wegen Starkregenfällen und Hochwassern im Juli 2021 sowie zur Änderung weiterer Gesetze  
(Aufbauhilfegesetz 2021 – AufbhG 2021)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die vorgesehenen Änderungen im Infektionsschutzgesetz schreiben den auf der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite beruhenden Ausnahmezustand fort. Hierfür gibt es nach Monaten der Pandemie weder administrativ noch epidemiologisch eine Notwendigkeit (Vgl. Drs. 19/32078). Der vorgesehene Bewertungsmaßstab, ob weitergehende Schutzmaßnahmen zum präventiven Infektionsschutz ergriffen werden sollen, umfasst keine klar definierten Kriterien. Es drohen abermals flächendeckende Schulschließungen. Besonders betroffen werden hiervon wieder die Schülerinnen und Schüler und deren Familien sein. Kinder und Jugendliche haben sehr unter der Pandemie gelitten. Über Monate hinweg waren Schulen geschlossen und Kinder so aus ihrem sozialen Umfeld gerissen. Das hat dramatische Folgen für die Entwicklung und psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler. Eltern und Lehrkräfte leisteten zwar vielerorts Unglaubliches. Dennoch leidet fast jedes dritte Kind während der Corona-Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten (vgl. Copsy-Studie). Besonders einschneidend waren die Schulschließungen für Kinder aus einkommensschwachen und sozial benachteiligten Familien. Der fehlende Kontakt zu Lehrkräften, Mitschülerinnen und Mitschülern hat ihre Zukunftschancen erheblich

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

aufs Spiel gesetzt und Ungleichheit der Bildungschancen verschärft. Gerade die Schwächsten fielen noch weiter zurück.

Kinder, Jugendliche und ihre Eltern brauchen jetzt dringend planbare Normalität. Das Recht auf Bildung kann am besten im Präsenzunterricht verwirklicht werden. Im Herbst und darüber hinaus muss daher pandemiefester Präsenzunterricht unabhängig vom weiteren Pandemieverlauf verbindlich sichergestellt und garantiert sein.

Der Handlungsbedarf dafür ist gewaltig: 74 Prozent der Bürgerinnen und Bürger finden Bund und Länder tun zu wenig, um Präsenzunterricht bei steigenden Infektionszahlen sicherzustellen (vgl. Spiegel 2021). Besonders bei der Ausstattung mit wirksamen Luftfiltergeräten für jedes Klassenzimmer hakt es noch immer. Dabei sind Luftfiltergeräte in Schulen ein Baustein, um pandemiefesten Unterricht auch unabhängig vom weiteren Pandemieverlauf zu gewährleisten. Das Förderprogramm des Bundes zur Beschaffung von Luftfiltergeräten an Grund- und Förderschulen wurde erst am 23. August 2021 und nach wochenlangen Verhandlungen verabschiedet, obwohl der Unterricht in vielen Bundesländern längst wieder begonnen hat (vgl. Spiegel 2021). Das Förderprogramm kommt nicht nur viel zu spät, es reicht auch bei weitem nicht aus. Zwei Drittel der Schulen bleiben damit ohne Luftfilter, weil das Programm an hohe bürokratische Hürden gekoppelt ist (vgl. ZDF 2021). Im Ergebnis ein Desaster wie schon beim DigitalPakt. Die Bundesregierung muss die Anschaffung der Luftfiltergeräte vereinfachen, die Mittel aufstocken und für alle Klassenstufen zulassen. In dieser globalen Notlage müssen Schulleiter Luftfiltergeräte möglichst unkompliziert bestellen können.

Während in Österreich der Bildungsminister einen Monat vor dem Schulstart einen umfassenden und mit Virologen erarbeiteten Plan für die Schulen vorgelegt hat, hat die Bundesregierung die Ferien erneut nicht genutzt, um den Ländern effektive Unterstützungen anzubieten. Ein klarer Fahrplan für die Schulen fehlt bis heute. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat Anfang August kein Schutzkonzept vorlegt, wie jetzt und im Herbst Präsenzunterricht sichergestellt werden kann - die Schulen finden im letzten Beschluss nicht einmal Erwähnung. Es findet sich unter den Beschlüssen auch nichts dazu, unter welchen Bedingungen an den Universitäten wieder Präsenzveranstaltungen abgehalten werden können (vgl. Süddeutsche 2021). Es ist höchste Zeit für eine sofortige Sondersitzung der KMK mit der Bundesregierung. Bund und Länder müssen jetzt die Vorbereitungen treffen, damit jetzt und im Herbst Präsenzunterricht sichergestellt ist. Deswegen sollten KMK und Bundesregierung unverzüglich zusammenkommen, um eine Strategie zu erarbeiten. Kindern und Jugendlichen darf im Herbst nicht erneut ihr Recht auf Bildung vorenthalten werden. Es muss daher eine staatliche Garantie für Präsenzunterricht an allen Schulen geben.

Die Sicherstellung des Präsenzunterrichts auch unabhängig vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie muss im Sinne der Schülerinnen und Schüler das oberste Ziel sein. Neben der unbürokratischen Beschaffung von Luftfiltergeräten für Klassenräume kann darüber hinaus die Anwendung kluger Hygienekonzepte ein weiterer Baustein sein, um dieses Ziel zu verwirklichen. Dazu gehört auch der Einsatz von sog. Lolli-Tests im PCR-Poolverfahren, vor allem in Grundschulen. Diese Lolli-Tests haben sich seit Mitte Mai in Nordrhein-Westfalen bewährt. Sie sind für Kinder weniger unangenehm als andere Testverfahren und leisten zugleich durch die gruppenweise Auswertung nach dem PCR-Verfahren einen wichtigen Beitrag zum Gesundheitsschutz sowie zur zielgenaueren Unterbrechung von Infektionsketten. Die Quarantäne-Regeln müssen zudem so angepasst werden, dass bei positivem Testergebnis lediglich direkte Sitznachbarn und Lehrkräfte mit engem Kontakt in Quarantäne müssen. Nach dem neuen Votum der Ständigen Impfkommission zu Corona-Impfungen für alle Kinder ab 12 Jahren, braucht es

zügig eine mit den Spitzenverbänden der Kinder- und Jugendärzte angepasste Aufklärungskampagne und darüber hinaus mehr freiwillige Impfangebote durch mobile Teams an Schulen. Gleichzeitig muss ausgeschlossen bleiben, dass eine Impfung bei Kindern und Jugendlichen zur Voraussetzung sozialer Teilhabe wird.

Der DigitalPakt der Bundesregierung bleibt ein bürokratisches Schneckenrennen (vgl. Tagesschau 2021). Von den 5 Milliarden Euro des DigitalPakts Schule sind bislang nur 189 Millionen Euro oder 3,78 Prozent abgeflossen. Wenn das Geld in dem Tempo fließt, kommt es erst 2074 vollständig in den Schulen an. Der Bund muss dringend seine bürokratischen Vorgaben an die Beantragung und den Abruf der Mittel vereinfachen, damit die Mittel pragmatisch bewilligt und genutzt werden können.

Die Niederlande stellen 8,5 Milliarden Euro zur Verfügung, um entstandene Lernrückstände aufzuholen. Die Bundesregierung nur 2 Milliarden Euro. Das ist nicht genug. Auch fehlt das Wissen, wo die Lernlücken liegen und wie groß sie sind. Es braucht ein echtes Chancen-Aufholprogramm — wissenschaftlich begleitet und mit (digitalen) Lernstandserhebungen. Kurzfristig sollte die Unterstützung durch studentische Lern-Buddys Lernverluste abfedern.

Auch Studierende an den Hochschulen brauchen endlich eine Perspektive für die Rückkehr zur Präsenzlehre. Bund und Länder müssen diese nun gezielt vorbereiten und die flächendeckende Präsenzlehre für das kommende Wintersemester sicherstellen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf, gemeinsam mit den Ländern

1. eine staatliche Garantie für Präsenzunterricht - unabhängig vom weiteren Pandemieverlauf - abzugeben;
2. unverzüglich eine Sondersitzung mit den Kultusministern einzuberufen, auf der Bund und Länder einen Aktionsplan für pandemiesicheren Unterricht beschließen. Kinder, Jugendliche und Eltern brauchen jetzt dringend planbare Normalität. Zentrale Bestandteile des Aktionsplans sollten sein:
  - a. Die Anschaffung mobiler Luftfiltergeräte zu vereinfachen, die Bundesmittel aufzustocken und für alle Klassenstufen zuzulassen, damit Schulen Luftfiltergeräte möglichst unkompliziert bestellen können;
  - b. die bisherigen Test- und Hygienekonzepte durch eine ausreichende Bestellung der Lolli-Tests, gerade für Grundschulen, zu ergänzen;
  - c. die Quarantäne-Regeln in Schulklassen so anzupassen, dass bei einem Corona-Fall nur noch die direkten Sitznachbarn und Lehrkräfte mit engem Kontakt in Quarantäne müssen;
  - d. gemeinsam mit den Spitzenverbänden der Kinder- und Jugendärzte zügig eine angepasste Aufklärungskampagne für Kinder ab 12 Jahre aufzulegen und diesen, zusätzlich zur Möglichkeit der Impfungen in Kinder- und Jugendarztpraxen, Impfangebote zur Schutzimpfung an Schulen durch mobile Impfteams zu machen;
  - e. kurzfristig freiwillige Impfgelegenheiten durch mobile Teams an Schulen zu schaffen, damit zügig alle Schülerinnen und Schüler ab 12 Jahren ein Impfangebot erhalten;

- f. bei dem DigitalPakt Schule massiv die Beantragung und die Ausbezahlung der Mittel zu entbürokratisieren. Ziel muss es sein, so schnell wie möglich für jede Schule einen durchfinanzierten Bedarf vorliegen zu haben, um die nötigen Beschaffungsprozesse einzuleiten;
  - g. ein Chancen-Aufholprogramm mit (digitalen) Lernstandserhebungen vorzulegen, damit die entstandenen Lernrückstände und Kompetenzverluste aufgeholt werden. Kurzfristig sollte gemeinsam mit den Hochschulen ein bundesweites Lern-Buddy-Programm aufgesetzt werden, in dem Studierende Schulen und Schüler/innen für diese kostenfrei unterstützen;
3. die Rückkehr zur Präsenzlehre an den Hochschulen für das Wintersemester 2021 vorzubereiten und bei Studierenden gezielt für Impfungen zu werben;
4. ein Programm zur detaillierten Analyse von Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf die mentale Gesundheit junger Menschen, welches mögliche Zusammenhänge identifiziert und mit konkreten niedrigschwelligen und auch digitalen Angeboten gegensteuert. Zudem sollen die bürokratischen Hürden für die Niederlassung von Psychotherapeuten reduziert werden, um mehr Behandlungskapazitäten zu schaffen. Hierzu soll zudem mit der Approbation automatisch die kassenärztliche Zulassung erfolgen.

Berlin, den 6. September 2021

**Christian Lindner und Fraktion**

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*